

## «Die Hoffnung stirbt zuletzt»

Die Debatte zum neuen Kulturförderungsgesetz wurde auch gestern aufmerksam von der Tribüne verfolgt. Die Reaktionen der Kulturvertreter reichen von Optimismus bis Ernüchterung.

► JULIAN REICH

# A

Augenrollen, Haarerufen, Seufzer: Auf der Zuschauertribüne des Grossen Rates war gestern so manche Regung menschlicher Erschöpfung zu beobachten. Zähl und zuweilen detailversessen verlief die Debatte unten im Rat, während man oben auf die richtig grossen Fragen wartete. Allen voran diejenige nach dem Rahmenkredit, den sich viele Kulturschaffende vom Grossen Rat erhoffen. Doch dazu kam es bekanntlich nicht.

Zuvor versenkte der Grosse Rat unter anderem den Vorschlag, die Regionen stärker in die Kulturförderung einzubeziehen. Marianne Fischbacher, Kuratorin des Museum Regional Surselva, war ernüchtert über das Resultat: «Für die Museen ändert sich durch dieses arg zersauste Gesetz gar nichts», sagte sie. «Wenn nun bei der weiteren Beratung auch noch an den Beiträgen für regionale Kulturinstitutionen etwas geändert wird, wird der Auftrag Montalta gar nicht umgesetzt.» Dieser bereits vor elf Jahren überwiesene Auftrag forderte eine bessere gesetzliche Stellung der Museen. In der Debatte spürte Fischbacher ein gewisses Misstrauen den Kulturschaffenden gegenüber, «als ob diese Abzocker wären und dem Kanton nichts brächten. Das ist schade.»

### «Notwendiges Übel?»

Ähnlich erlebte Nikolaus Schmid die Diskussion. Der Präsident der Bündner Sektion des Schauspielerverbandes ACT hatte bei gewissen Voten den Eindruck, «als würden wir nicht als Partner betrachtet, sondern als notwendiges Übel». Überdies ortete er bei gewissen Votanten eine gewisse Unkenntnis



**Gespannte Blicke:** Ute Haferburg, Anita Jehli, Kobi Gantenbein, Manfred Ferrari und Nik Schmid (von oben links im Uhrzeigersinn): Vertreter der Kulturszene verfolgten die Debatte im Grossen Rat. (FOTOS MARCO HARTMANN)

darüber, wie Kulturschaffende in Graubünden leben und arbeiten. Seine Hoffnungen liegen nun im Einlenken des Grossen Rates, was die Bewilligung eines Rahmenkredites betrifft.

Lange diskutiert wurde gestern über die Sing- und Musikschulen. Deren Führung wurde neu im Gesetz als Aufgabe der Gemeinden verankert. Ebenso wichtig war für Anita Jehli, Vertreterin des Bündner Verbandes der Sing- und Musikschulen, die Frage, wie die Kosten zwischen Eltern, Gemeinden und Kanton aufgeteilt würden. Klar sei, dass der Musikunterricht heute für viele Eltern zu teuer sei, weshalb ein höherer Beitrag des Kantons zu begrüssen sei. Der Grosse Rat setzte diesen auf 30 Prozent an, verzichtete aber darauf, den Elternbeitrag zu deckeln. Deutliche Worte fand Ute

Haferburg, Direktorin des Theater Chur. Während der Auftakt am Montag mit der Übergabe der Petition der Kulturlobby noch ermutigend gewesen sei, erwiesen sich viele Voten des ersten Tages mittlerweile als Lippenbekenntnisse. «Wir sehen eine grosse Uneinigkeit über das Gesetz, was auch mit der fehlenden Kulturstrategie zu tun hat.» Bei der Diskussion der einzelnen Artikel habe sich gezeigt, dass jede Verbesserung, die das Gesetz bringen könnte – etwa die faire Entlohnung von Kulturschaffenden – schlicht blockiert würde. Das sei kein gutes Zeichen für die abschliessende Debatte über den Rahmenkredit. «Doch die Hoffnung stirbt zuletzt.»

### Angst vor dem grossen Wurf?

Giovanni Netzer, Intendant des Kulturfestivals Origen, fand zunächst

die Ernsthaftigkeit der Debatte lobenswert. «Was ich vermisse, ist aber die Grundsätzlichkeit der Diskussion: Was wollen wir, was wollen wir nicht?» Dass man sich nun in Detailfragen verliere, liege an den fehlenden Grundlagen – sprich einem vorgängig erarbeiteten Leitbild. «Heute sah es nicht so aus, als wolle man den grossen Wurf wagen», sagte er mit Blick auf die Beratung des Rahmenkredit.

### Nägel mit Köpfen

Mehr Positives sah Kobi Gantenbein, Präsident der Kulturförderungskommission. «Dass der Grosse Rat nun alle vier Jahre ein Konzept beraten möchte, ist erfreulich.» Das verleihe der Kultur einen hohen Stellenwert in der Bündner Politik. «Es kommt aber darauf an, ob dann auch Nägel eingeschlagen werden.»

### WORTWÖRTLICH

«Ich will hier kein Angstgesetz machen – jetzt sind wir aber genau dabei.»

EMIL MÜLLER (BDP, SUSCH)

«Machen Sie nicht Gesetzgebung aufgrund einer momentanen Befindlichkeit. Nehmen Sie die Flughöhe ein!»

MARTIN JÄGER, REGIERUNGSRAT (SP)

«Es wird hier immer gemunkelt, es könne zu Günstlingswirtschaft kommen. Ich glaube nicht, dass 120 Grossräte dafür anfällig sind.»

BRUNO W. CLAUS (FDP, CHUR)

«Der Bund hat die Aufgabe gut gelöst: Er hat eine Kulturbotschaft formuliert.»

ANDY KOLLEGER (BDP, CHUR)

«Das Jahr hat 365 Tage. Es müsste doch möglich sein, das Kulturkonzept innerhalb eines Jahres zu erarbeiten.»

LEO JEKER (BDP, ZIZERS)

«Es trifft zu, dass die Kultur in den letzten Monaten besonders im Fokus stand. Aber ich bin jetzt schon relativ lange in der Regierung. Und während langer Zeit hätte ich gern gehabt, die Kultur wäre tatsächlich ein bisschen mehr im Fokus gewesen.»

MARTIN JÄGER, REGIERUNGSRAT (SP)

«Geben Sie sich einen Ruck und nehmen Sie die Kulturförderungskommission in den Artikel 22 auf – das kostet nichts und schadet auch nichts, aber es wäre eine Form der besonderen Wertschätzung.»

LUCA TENCHIO (CVP, CHUR)

«Herr Kollege Tenchio, nur weil etwas im Jagdgesetz steht, heisst das nicht, dass es besser ist.»

CHRISTIAN KASPER (FDP, BUCHEN)

### GESTERN IM RAT

#### Kulturdebatte Teil 2

Der Grosse Rat hat gestern ▶ 19 Artikel des neuen Kulturförderungsgesetzes beraten.

### HEUTE IM RAT

#### Die Entscheidung in Teil 3

Nach der Behandlung von Nachtragskrediten und der Fragestunde um 8.15 Uhr wird der Rat ▶ das Kulturförderungsgesetz zu Ende beraten und dabei den Entscheid über die Möglichkeit eines neuen oder künftigen Rahmenkredites fällen; ▶ die Beratung fortsetzen zu zahlreichen Vorstößen aus den eigenen Reihen; ▶ die Februarsession beschliessen.

KOMMENTAR Enrico Söllmann über die Eröffnungsansprache des Landespräsidenten

## Nachhaltige Wertschöpfung mit möglichst wenig Staat

# M

Michael Pfäffli führte von 2008 bis 2014 als Parteipräsident die FDP Graubünden an. Als solcher hatte er neben der Gestaltung der politisch-inhaltlichen Marschrichtung unter anderem die freisinnigen Interessen gegen aussen zu vertreten. Im August des vergangenen Jahres wählte der Grosse Rat den St. Moritzer zum Landespräsidenten. Als solcher hat er für ein Jahr unter anderem das Bündner Parlament gegen aussen zu repräsentieren. In seiner Funktion darf er auch die Eröffnungsansprachen zu Beginn der Ratstagungen halten. Nun erschliesst sich dem geneigten Zuhörer spätestens seit dieser Session nicht mehr, in welcher Funktion er dies tut. Nur eines sind die Reden nicht: mit staatsmännischer Weit- und Umsicht gehalten.

Im Dezember belehrte Pfäffli den Rat über Zivilcourage und Mut. Der Inhalt: Eine ideologisch gefärbte Kritik an die weit entfernten Adressen der Regierungen von Ungarn und Russland sowie der USA und der Türkei, die einer näheren Prüfung der Fakten nicht

standhält (siehe Seite Klartext vom 17. Januar). Am Montag nun – also während der Ski-WM in St. Moritz und einen Tag nach dem Nein der Bündner zu Olympia – war nach der Ode an die Zivilcourage das Loblied auf die Soziale Marktwirtschaft an der Reihe. Pfäffli versuchte, die vom einstigen Wirtschaftsminister und zweiten Bundeskanzler Ludwig Erhard in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg umgesetzte Idee zu umreissen (Ausgabe von gestern). Der Versuch misslang gründlich. Er nutzte sein präsidiales Amt für parteipolitische Zwecke aus und teilte mutlos «zweideutig» nach links und rechts aus, ohne die Kinder beim Namen zu nennen.

«Erfinder» Erhard wollte so wenig Staat wie möglich und nur so viel Soziales wie nötig. Dies im Wissen, dass eine florierende Marktwirtschaft auch die sozialste ist. Nur im Notfall sollte die Allgemeinheit einspringen. In der Schweiz entfällt heute ein Drittel der Bundesausgaben auf die Soziale Wohlfahrt (23,65 Milliarden Franken). Das ist mehr als für die Aufgabengebiete Bildung und Forschung (7,62 Milliarden), Verkehr (9,21 Milliarden) und Landwirtschaft und Ernährung (3,95 Milliarden) zusammen. Der Bundesap-

parat wächst ungebremst (aktuell rund 35 000 Vollzeitstellen), der Personalaufwand stieg von 4,5 (im Jahr 2007) auf mittlerweile über 5,5 Milliarden Franken – also allein in dieser Zeitspanne um über 20 Prozent. Erhards Idee sah – wie geschildert – grundlegend anders aus. Die soziale Zeche zahlen der Mittelstand auf der einen und die KMU auf der anderen Seite, weil mit dem immer teurer werdenden Staat und seinen unzähligen Mitarbeitenden auch Bürokratie und Regulierung permanent zu nehmen.

Bei der Partei, die Erhards Plan seit vielen Jahren tatsächlich verwirklichen möchte, scheint die Sonne im Lo-



«Präsidiales Amt für parteipolitische Zwecke ausgenutzt»

go. Roger Köppel durfte 2010 den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik entgegennehmen. Der «Weltwoche»-Chefredaktor und SVP-Nationalrat verdient sich den Hauptpreis der von Erhard 1967 gegründeten Stiftung heute im täglichen Geschäft als Unter-

nehmer, Journalist und Politiker. Köppel hat die FDP bei der verfassungswidrigen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) inklusive Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zurecht als «neue Juniorpartnerin» der SP entlarvt, die gemeinsam den Beitritt in die EU herbeiführen wollen. Angeführt von ihren Bundesräten, die in Brüssel nicht mehr nur den Kniefall einer den Interessen des Landes dienenden Verhandlungstaktik, wie sie die britische Premierministerin Theresa May pflegt, bevorzugen. Inzwischen wird sogar gegen und ohne Volkswillen verhandelt. Mit einer EU übrigens, die sich als erstrebenswertes Ziel de facto die Soziale Marktwirtschaft auf die Fahne geschrieben hat. Sie hat das Gegenteil erreicht: ein träges Verwaltungsmonster mit von der europäischen Bevölkerung entfremdeten Berufspolitikern, vor dem die Briten durch den Notausgang «geflichtet» sind. Zurück zur Selbstbestimmung. FDP-Soldat Pfäffli würdigte die MEI-Umsetzung in seiner Rede als «mutigen Entscheid» des Bundesparlamentes, den er dann zwar als einen verfassungsmässigen «Notnagel» betitelt, aber «als einzigen Ausweg für das Schweizer Wirtschaftssystem». Er verkauft das

Volk für dumm und verkennt, dass die Eigenenschaft bald einmal zu klein sein wird, um die wirtschaftlichen, sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Folgen der Zuwanderung zu verkraften. Lustigerweise gibt er zu, dass der «Inländervorrang» – eine Idee seiner Parteikollegen – die Forderungen der MEI ins Gegenteil verkehrt und die volkswirtschaftlich lähmende Bürokratie weiter aufbläht. «Die Arbeitslosenvermittlung wird ausgebaut.» Um den Verfassungsbruch zu kaschieren, hat der Bundesrat jüngst zwei Gegenentwürfe zur Rasa-Initiative in die Vernehmlassung geschickt – frei nach dem Motto: «EU, wir kommen».

Pfäffli, der übrigens das Olympia-Nein als demokratischen Entscheid akzeptiert, sollte sich als Landespräsident überlegen, wer ihn künftig vor den Eröffnungsansprachen beraten könnte. Erhard-Preisträger Köppel hätte schon mal einen Ansatz parat: Unabhängigkeit und Weltoffenheit sind keine Gegensätze. Zusätzlich bieten sich kreative und visionäre Einfälle an, die Graubünden nachhaltige Wertschöpfung bringen. Im Sinne Erhards mit möglichst wenig Staat.

ENRICO SÖLLMANN ist Redaktor des «Bündner Tagblatts», enrico.soellmann@somedia.ch